

Nässe auf den Feldern

Stilllegung 2024

Güllesaison

Politik > News > Ricarda Lang an Abfahrt gehindert - Özdemir sorgt sich um Radikalisierung

Brennende Reifen

## Ricarda Lang an Abfahrt gehindert - Özdemir sorgt sich um Radikalisierung

Rund 200 Landwirte haben am Samstagabend in Magdeburg bei einer Veranstaltung der Grünen protestiert und die Abfahrt von Grünen-Chefin Ricarda Lang behindert. Die hörte sich die Forderungen an.

So., 25. Februar 2024, 09:58 Uhr

Lesezeit: 4 Minuten



*Ricarda Lang stellte sich der Kritik, sprach zu den aufgebrachtten Bauern und nahm die 5-Punkte-Forderung von Martin Dippe entgegen. (Bildquelle: picture alliance / CHROMORANGE | Axel Kammerer)*

Brennende Reifen, Eier-Würfe, Traktorblockaden, Buh-Rufe: Rund 200 Landwirte von „Land schafft Verbindung“, Freie Bauern und Bauernbund Sachsen-Anhalt haben am Samstag in Magdeburg gegen die Politik der Bundesregierung – und hier speziell gegen die Grünen – **demonstriert**.

Die Partei hatte im Stadtteil Buckau zu einer Veranstaltung geladen, bei der auch Grünen-Chefin Ricarda Lang anwesend war. Vor Ort hatten die Demonstranten Reifen angezündet und mit ihren rund 90 Traktoren die Zufahrten blockiert, berichtet die **WELT**; die **BILD** **schreibt von 120 Traktoren**.

Nach der Ankunft von Lang habe es „Buh!“-Rufe und ein Hupkonzert gegeben, es flogen Eier, zudem hätten einige „Wir haben die Schnauze voll!“ gerufen. An der Aktion hätten sich Bauern aus Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Niedersachsen beteiligt, heißt es.



*Die Polizei hatte alle Hände voll zu tun, die Proteste zu beruhigen und den Weg für die Politikerin Lang wieder frei zu machen. (Bildquelle: picture alliance/dpa | Thomas Schulz)*

## **Lang spricht mit Bauernbund-Vertreter**

Lang machte den Bauern ein sieben-minütiges Gesprächsangebot. Dazu kam sie zu Fuß zum Präsidenten des Bauernbundes Sachsen-Anhalt, Martin Dippe.

„Sie sind dafür verantwortlich, dass alle satt werden. Nehmen Sie das bitte mit, deswegen sind wir hier“, sagte Dippe und überreichte Lang einen Fünf-Punkte Plan, den die Regierung „sofort umsetzen“ könnte:

1. Streichung der stufenweisen Abschaffung des Agrardiesel-Ausstiegs
2. Abschaffung eines pauschalen Verbots von Pflanzenschutzmitteln
3. Rücknahme von Flächenstilllegungen
4. Verzicht auf Tierwohl-Cent
5. Landwirte sollen von CO<sub>2</sub>-Abgabe ausgenommen werden



*Ricarda Lang hört sich die Forderungen von Martin Dippe an. (Bildquelle: picture alliance/dpa | Thomas Schulz)*

Ricarda Lang gab den Bauern per Mikro folgende Antwort: „Natürlich müssen wir schauen, wie wir das Thema Biodiversität und Landwirtschaft zusammen bekommen. Wir wissen alle, dass die Krisen unserer Zeit, das die am Ende auch Sie, auch Euch am Ende am Härtesten treffen werden; die Klimakrise, aber auch die Biodiversitätskrise. Wir müssen da Verbündete werden. Das ist glaub ich sehr sehr klar“, sagte sie und mahnte, hier im Gespräch zu bleiben.

Als die Grünen-Chefin dann wieder abfahren wollte, hätten einige Bauern den Weg blockiert, sagte eine Polizeisprecherin am Abend. Die Polizei habe einschreiten müssen. Ricarda Lang sei aber zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen. Festnahmen habe es nicht gegeben. Mit 45 Minuten Verspätung sei sie dann doch noch losgekommen. Sie habe den Bauern einen weiteren Gesprächstermin im April versprochen.

## **Weitere Protestaktionen werden folgen**

Martin Dippe hält die Proteste derweil für weiterhin wichtig und richtig. „Natürlich bringen die was. Die Sprache der Landwirtschaft ist eine andere geworden, wir werden wahrgenommen“, sagte er gegenüber WELT-TV. Dippe sieht Bewegung in kleinen Schritten. Da die aber noch nicht reichen, werde man weitermachen.

Ernüchternder ist das Fazit von Frerk Arfsten von den Freien Bauern. „Unser erstes kurzes Gespräch am Eingang des Veranstaltungszentrums verlief ergebnislos, aber wir konnten dabei zumindest deutlich machen, dass wir die Steuererhöhung beim Agrardiesel nicht akzeptieren und auch keinen Tierwohl-Cent wollen“, sagte der Anmelder der Demonstration. „Wir sind die faulen Kompromisse mit der Bundesregierung leid und verlangen faire ökonomische Rahmenbedingungen für mehr Wertschöpfung auf unseren Betrieben.“